

SCHLUSS

Schon im Sommer 1989, noch vor dem Fall der Mauer, zeichnete sich ab, dass dieses Jahr einen Einschnitt in der Geschichte des Esperanto-Weltbundes bedeutete. Humphrey Tonkin, FlóraSzabó-Felső und Grégoire Maertens verließen den Vorstand nach fünfzehn- bzw. zwölfjähriger Angehörigkeit, und auch keiner der anderen neun Gewählten von 1986 blieb im Amt. Tonkins Nachfolger wurde, gegen Yosimi Umeda als zweiten Kandidaten, der renommierte Phonetiker John Christopher Wells, der bereits im letzten Lapenna-Vorstand gedient hatte. Am meisten Aufsehen erregte auf jenem Weltkongress in Brighton der Beitritt des sowjetischen Esperanto-Bundes.

Der Zusammenbruch des kommunistischen Staatenblocks führte dazu, dass die Landesverbände in Osteuropa denen im Westen ähnlicher wurden: Aus staatlich beaufsichtigten und beköstigten Propaganda-Instrumenten wurden freie Zusammenschlüsse engagierter Bürger. Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion und Jugoslawiens brachten dem Esperanto-Weltbund eine Reihe neuer Landesverbände. Nicht, dass der Weltbund heutzutage keine Neutralitätsprobleme mehr hätte, doch mit dem Epochenjahr 1989 hat eindeutig eine neue Phase begonnen.

– Eine Ironie der Esperanto-Geschichte: Der Weltkongress von 1990, also der erste nach dem Mauerfall, fand ausgerechnet in Fidel Castros kommunistischem Kuba statt.

Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg erscheint in mancher Hinsicht geradezu als eine gute, alte Zeit, mit geordneten Währungsverhältnissen, relativ offenen Grenzen und politischer Stabilität. Sogar in Russland konnten, in den letzten Jahren vor dem Krieg, Esperantisten sich einem weltweiten Bund anschließen, was anfänglich Zamenhofs große Sorge gewesen war. Politische Probleme waren eher hausgemacht, beispielsweise durch das Engagement des stellvertretenden UEA-Vorsitzenden Théophile Rousseau mit seiner Chauvinismus- oder Pazifismusdebatte 1913. Da es sich aber um eine innere Angelegenheit handelte, konnte die große Mehrheit im Weltbund seinem Vorschlag relativ einfach entgegenstehen und versuchen, das Gesicht der Minderheit zu wahren.

Ganz anders sah es in der Zwischenkriegszeit aus, als zu den inneren Streitigkeiten eine veränderte politische Großwetterlage hinzu kam. Zunächst war es die kommunistische Diktatur in Russland, die die Esperantisten im eigenen Land zur totalen Konformität und den Weltbund zu einem Arrangement zwang. Stettlers und Jakobs aufrichtige, aber nicht hilfreiche Reaktion 1923 (der Protest ge-

gen die „bolschewistische Vergewaltigung“) zeugt noch von Unerfahrenheit. Danach aber bemühten sie sich um eine Form der Zusammenarbeit, die den Weltbund nicht allzu sehr kompromittierte. Vorsichtiger war Stettler 1933, als er die Mitglieder in die Entscheidung miteinbezog, ob man den Kongress in Hitler-Deutschland abhalten solle. Sowohl die „alten“ als auch die „neuen“ UEA-Führer seit 1934 standen unter erheblichem finanziellen Druck – sie sahen sich außer Stande, auf die Mitglieder und damit auf die Beiträge aus diktatorisch regierten Ländern zu verzichten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Streitfragen im Prinzip die gleichen wie davor. Paradoxerweise nahm der Spätstalinismus dem Weltbund Probleme ab: Wenn ein Landesverband nicht mehr aktiv sein kann oder sich durch allzu grobe politische Propaganda desavouiert, muss der Weltbund sich nicht mehr weiter mit ihm beschäftigen. Das änderte sich mit der Rückkehr der Ostverbände seit 1955, ähnlich der der iberischen Verbände kurz davor. Der Weltbund sammelte Erfahrung mit schwierigen Landesverbänden und fand langfristig Formen der Zusammenarbeit.

Versucht man, die hier behandelten 81 Jahre des Weltbundes und die Vorgeschichte systematisch zu überblicken, so bietet es sich an, die Ziele des Weltbundes den Personen und Gruppen gegenüber zu stellen, die diese Ziele gefährden konnten. Vorrangiges Ziel des Weltbundes, vereinfacht gesagt, ist die Förderung und Verbreitung des Esperanto. Außerdem bemüht er sich, die Dachorganisation für möglichst viele, wenn nicht alle Esperantisten sein zu können (Universalität). Unbestimmter ist sein Ziel, die Mitglieder einander näher zu bringen und bei ihnen Verständnis und Achtung für andere Völker zu entwickeln. Dabei bemüht sich der Weltbund um Neutralität, um für alle Esperantisten offen und akzeptabel zu sein.

Immer wieder wurde die Sprache direkt oder indirekt von staatlicher Seite gefördert, wenn auch nicht in dem Maße, in dem Esperantisten sich das gewünscht haben. Sogar manche Diktaturen haben eine Esperanto-Bewegung auf Landesebene unterstützt, nämlich als Propaganda- und Indoktrinationsinstrument, als Devisenbeschafferin und als kontrollierte Freizeitbeschäftigung. Die Regeln dieser Diktaturen mussten befolgt werden, wenn man nicht ausgegrenzt oder verfolgt werden wollte.

Für die Esperantisten in freiheitlich-demokratischen Ländern aber gab es Handlungsalternativen. Man konnte die Neutralität so strikt einfordern, dass beispielsweise die Ostverbände den Weltbund hätten verlassen müssen. Oder aber der Weltbund konnte versuchen, sich mit den Diktaturen zu arrangieren und dabei

für die Esperantisten im betreffenden Land das Beste zu erreichen. Kabe fragte 1905, ob alle Esperantisten Ketten tragen müssen, weil einige Esperantisten in „Gefängnisländern“ lebten – diese Frage ist teilweise zu bejahen. Zumindest muss man auf diese Esperantisten Rücksicht nehmen, denn sie gehören ebenso zur Sprachgemeinschaft wie die Esperantisten in freiheitlich-demokratischen Ländern. Ohne sie würde der Weltbund das Ziel der Universalität verfehlen. Dennoch darf der Weltbund sich nicht einer Staatengruppe oder einer politischen Richtung anschließen, denn dann könnte er andere Teile der Sprachgemeinschaft verlieren. Die Neutralität ist für die Universalität des Weltbundes paradoxerweise sowohl Voraussetzung als auch Hindernis. – Andere Esperanto-Verbände haben es anders gehalten, nämlich die SAT und Lapennas NEM. Der Preis für deren Gesinnungsethik war, dass sie nur in freiheitlich-demokratischen Ländern tätig sein konnten.

In der Praxis hat der Weltbund sich zwar vorbehalten, gegen staatliche Behinderung des Esperanto zu protestieren, doch meistens schwieg man lieber. Es sollte den betreffenden Regimen kein billiger Vorwand gegeben werden, weitere Schritte gegen Esperanto oder die Esperantisten einzuleiten. Machtmittel gegen den Weltbund gab es zuhauf, beispielsweise die Konfiskation von *Esperanto* und dem Jahrbuch.

Ein Vergleich zwischen den rechten und linken Diktaturen gestaltet sich wegen der unterschiedlichen historischen Situation schwierig. Unter dem Nationalsozialismus waren Esperanto-Verbände nur eine kurze Zeit erlaubt, und neben dem gleichgeschalteten DEB trat ein nationalsozialistischer Konkurrenzverband auf, die NDEB. Die Esperanto-Geschichte bestätigt die allgemeinere Feststellung, dass das Regime Hitlers sehr atypisch für die rechtsautoritären Systeme ist. Darum sollte man den Konformitätskurs des DEB nicht im Nachhinein als aussichtslos verurteilen, weil Esperanto schließlich sowieso verboten worden sei. In Mussolinis Italien oder in Francos Spanien konnte, von kurzen Perioden abgesehen, die Esperanto-Bewegung sich relativ frei entfalten. Die konkrete Gleichschaltungspolitik des DEB legt nahe, dass seine Führung sich opportunistischerweise eine staatliche Förderung nach italienischem oder sowjetischem Vorbild erträumt hat. Das kann man auch für die NDEB vermuten.

Gemein hatten die NDEB und die sowjetische SEU die Haltung gegenüber dem Weltbund: Beide benahmen sich so, als hätten sie die Bedingungen zu diktieren, beide wollten andererseits dem Weltbund keinerlei Rechte auf ihren eigenen Territorien zugestehen, und beide wurden schließlich von ihrem Regime de facto verboten. Der Eindruck von Lins 1974, die UEA sei gegenüber den sowjeti-

schen Zuständen härter aufgetreten als gegenüber den deutschen,¹ kann so nicht bestätigt werden. Umgekehrt ist wahr, dass die Lenin- und Stalin-Lobpreisungen aus den Federn von Hilda Dresen und Kálmán Kalocsay in der Sprachgemeinschaft viel weniger Abscheu hervorgerufen haben als übersetzte Hitler-Reden.² Im sowjetischen Machtbereich hingegen wurde es, nach Stalins Tod 1953, langsam möglich, Esperanto-Landesverbände wiederzubeleben und auch dem Weltbund beizutreten. Ein wichtiger Unterschied der Ostblockländer im Vergleich zu den iberischen Diktaturen war, dass im Kommunismus die Verbände viel stärker in staatliche oder staatsnahe Strukturen eingebunden waren. Die Beziehungen zwischen dem Weltbund und den Ostblockländern sind der größte Themenbereich der vorliegenden Arbeit, wegen der Dauer und Intensität; außerdem waren die Ostblockländer trotz der ähnlichen Rahmenbedingungen eben doch sehr unterschiedlich.

Für die Ostverbände war der Esperanto-Weltbund interessant, weil er seinen Sitz im Westen hatte, weil er mit seinen Publikationen ebenda Menschen erreichte und weil es einen Weltkongress gab, mit dem Devisen ins eigene Land kommen konnten. Westkontakte hatten auch ein gewisses Prestige. Eine kommunistische Machtübernahme im Weltbund konnte nicht das Ziel der Ostverbände sein, weil die westlichen Mitglieder und Landesverbände den Weltbund verlassen hätten (wie im Falle des Weltgewerkschaftsbundes und der Weltföderation der Demokratischen Jugend). Wohl bemühten sich die Ostverbände um Einfluss im Weltbund, um unerwünschte Entwicklungen verhindern zu können. Beispielsweise versuchten sie, die Informationen über ihre Länder zu monopolisieren. Ein Kontroll- oder Vetorecht wurde ihnen von Seiten des UEA-Vorstandes zwar nicht eingeräumt, doch gab es eine Schere im Kopf des Redakteurs, der die Besonderheiten dieser Länder berücksichtigte. *Esperanto* kritisierte nicht die aktuelle Politik, nahm sich aber das Recht, vergangene (Stalin-Zeit) und aktuelle Behinderungen (Rumänien) der Esperanto-Arbeit zu beanstanden.

Auf dem Weltkongress war es vor allem die östlich dominierte und subventionierte Esperantistische Weltfriedensbewegung MEM, die dem Weltbund Probleme bereitete. Insgesamt war auf dem Kongress mehr Pluralismus als in der Zeitschrift *Esperanto* erlaubt. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass der Esperanto-Weltkongress bereits eine fast dreißigjährige Geschichte hinter sich hatte, als er 1933/34 vom Weltbund übernommen wurde. Traditionell finden dort auch

1. Lins 1974a: 479.

2. Raud 1949 (von Hilda Dresen übersetztes Gedicht über Lenin); Kalocsay 1947.

Zusammenkünfte von anderen Organisationen statt, auch von nichtneutralen. Hier galt es zu verhindern, dass die MEM den Eindruck vermittelte, sie spräche im Namen des gesamten Kongresses und damit des Weltbundes. Das Verhalten des DDR-Botschafters 1966 in Budapest (eine nichtneutrale Grußrede) war hingegen recht untypisch.

Für die westlichen Teilnehmer waren die Weltkongresse im Osten besonders faszinierend, für die östlichen ergab sich die Gelegenheit, Kontakte mit Ausländern zu knüpfen. Dabei musste der UEA-Vorstand in Kauf nehmen, dass die kommunistischen Regime den Kongress zur Propaganda für das Land oder gar für das Regime selbst benutzten. Es müsste gesondert untersucht werden, ob die Rechnung der Regime aufgegangen ist und die westlichen Teilnehmer tatsächlich einen zu geschönten Eindruck von den Volksrepubliken erhielten. Allgemein dürfte der Erfolg der Propaganda – auch der Esperanto-Sendungen von Radio Polonia oder der chinesischen Zeitschrift *El Popola Ĉinio* – nicht übertrieben hoch einzuschätzen sein.

In einem gewissen Sinne konnten die Ostverbände auch „einfach“ sein: Sie waren auf ihre Art berechenbar und in der Regel gut organisiert, oft mit staatlichen Angestellten, nicht mit Feierabendfunktionären. Ganz unabhängig davon, welche persönliche politische Einstellung ein östlicher Esperanto-Funktionär hatte: Er saß zwischen allen Stühlen, denn er musste nicht nur die Erwartungen der Obrigkeit erfüllen, sondern seinen Verband auch attraktiv für die einfachen Esperantisten im Lande machen. Denn wenn diese dem Verband ferngeblieben wären, etwa wegen übermäßiger Politisierung oder allzu offensichtlicher Schnüffelei, wäre das negativ für die nationale Esperanto-Bewegung und auch den Arbeitsplatz des Esperanto-Funktionärs gewesen. Einzelstudien zu den betreffenden Ländern müssten untersuchen, inwieweit tatsächlich Nischen in der Diktatur geschaffen wurden und was genau die Ursachen dafür waren.

Auch jenseits des Ostblocks bereiteten die Esperanto-Landesverbände dem Weltbund immer wieder Probleme. Bereits 1908 wurde heftig darüber diskutiert, was die Gründung des Weltbundes für die nationalen Verbände bedeutete. Die Helsinki-Vereinbarung von 1922 brachte allenfalls eine sehr kurze Atempause, schon gegen 1928 setzte eine Debatte über die „Neuorganisation“ ein. Hier bemühten sich Stettler und Jakob, möglichst viele Rechte der Einzelmitglieder in die „neue“ UEA hinüberzuretten. Auch sollte die Entscheidung, wer Einzelmitglied werden konnte, auf internationaler Ebene getroffen werden. Was zunächst noch vor allem technisch-administrativer Natur war und mit Genfer Eitelkeit zu tun hatte, zeigte seine politische Bedeutung schon beim NS-Staat, besonders

aber nach dem Zweiten Weltkrieg. Selbst bloße Informationen wie die Anordnung der Delegierten im Jahrbuch konnten Querelen mit oder zwischen den Landesverbänden hervorrufen.

Mit der Aufnahme der Landesverbände 1934 stellte sich die Frage nach der demokratischen Legitimation des Weltbundes aufs Neue. Die Landesverbände sind nicht unbedingt demokratisch, stellen aber die meisten *komitatanoj*, die so genannten *A-komitatanoj*. Wichtig war es daher, 1980 in der neuen Satzung die Zahl der *A-komitatanoj* eines Landesverbandes auf höchstens sechs zu begrenzen. Damit wurde vielleicht nicht Demokratie, aber immerhin Pluralismus im Weltbund indirekt gefördert.

Da der Weltbund möglichst alle Esperantisten auf der Welt vertreten will, fordert er, dass die Landesverbände für alle Bürger des betreffenden Landes offen sein müssen. Problematisch waren in diesem Zusammenhang die Bestimmungen mancher Verbände in kommunistischen Ländern, die den Mitgliedern ihr Verhältnis zum Staat oder zur staatlichen Ideologie vorschrieben. Letztlich musste der Weltbund in diesem Punkt kapitulieren, wie man es beispielsweise mit dem tschechischen Bund 1984 erlebt hat. Die theoretische allgemeine Offenheit der Landesverbände kann auch nicht verhindern, dass ein Landesverband unliebsame Personen einzeln unter Vorwänden ausschließt.

Die Regel „ein Landesverband pro Land“ hatte zunächst einen praktischen Grund: Wenn der Weltbund möglichst wenige Ansprechpartner hat, ist die Abrechnung der Mitgliedsbeiträge einfacher. Außerdem wollte der Weltbund nicht die Zersplitterung von Landesverbänden fördern. Am ehesten hatte man Verständnis für einen Verband, der eine ethnische Gruppe vertrat, beispielsweise den Flämischen Esperanto-Bund, der 1948 zusätzlich zum belgischen aufgenommen wurde. Der Verband der ethnischen Gruppe kann sich darauf berufen, dass die Werbung für Esperanto in der Sprache der Menschen vor Ort erfolgen müsse. Der slowakische Verband verwies darauf, dass die Kulturpolitik in der Tschechoslowakei de jure föderalisiert war und daher eine gemeinsame Lösung mit den Tschechen nicht möglich gewesen sei. Wie immer sich der Weltbund entschied, ob er die konkurrierenden Landesverbände aufnahm oder zu einer gesamtstaatlichen Vereinigung ermunterte: Beides konnte als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Esperanto-Bewegung eines Landes ausgelegt werden.

Zweimal kam es im Weltbund zum Austausch des Anschlussverbandes in einem Land. Sowohl im nordamerikanischen als auch im brasilianischen Fall gab es einen politischen Hintergrund, ausschlaggebend war aber jeweils etwas anderes.

1955 wollte man den Nordamerikanern die Möglichkeit geben, sich anders als über George Connors Verband dem Weltbund anschließen zu können. Daher wurde die neue ELNA aufgenommen. Wenn man allerdings einen solchen Schritt für notwendig erachtete, wäre ein vorheriger Ausschluss des alten Verbandes konsequenter gewesen. 1973 wurde ein neuer brasilianischer Verband aufgenommen, weil dieser besser funktionierte und größere Zukunftsaussichten hatte. Ähnlich argumentierte Bastien im Oktober 1934, als er abwarten wollte, ob der nationalsozialistische Bund nicht vielleicht den Machtkampf mit dem deutschen Landesverband gewinnen werde.

Autoritäre Staaten, von ihnen abgeleitete Kräfte, politische Extremisten und schwierige Verhältnisse mit oder in Landesverbänden stehen noch einigermaßen außerhalb des eigentlichen Weltbundes. In zwei Fällen aber wurde von einem politischen Komplott innerhalb des Weltbundes gesprochen, anlässlich von Wahlen zum Komitato bzw. Vorstand. Diese Behauptungen konnten hier endgültig ihres ideologischen Mantels entkleidet werden. 1934 in Stockholm und 1974 in Hamburg ging es nicht um Nationalismus oder Kommunismus, sondern um die Eitelkeit der Unterlegenen. Die politischen Vorwürfe waren Schutzbehauptungen, mit denen von den eigentlichen Gründen für den Wechsel abgelenkt werden sollte: Die alte UEA mit Stettler und Jakob wurde von den nationalen Verbänden abgelehnt, weil man an die Verbesserung der Organisation glaubte; Lapennas Mehrheit im Komitato schwand nicht wegen eines von Kommunisten initiierten Komplotts, sondern wegen seines autoritären Verhaltens. Der wahre Kern solcher politischen Vorwürfe war so klein, dass die verbleibende Opposition nur sehr gering ausfiel und ein bloßes Nebengleis der allgemeinen Entwicklung darstellte.

Im Weltbund gab es immer wieder einzelne politisch Engagierte, die den Weltbund dazu bewegen wollten, verstärkt mit nichtneutralen Bewegungen zusammenzuarbeiten. Eine spezifische Anfälligkeit des Weltbundes liegt dabei weniger beim Sozialismus, trotz aktiver Sozialisten im Weltbund wie Edmond Privat, sondern eher beim Pazifismus. Das hängt mit der Selbstaussgliederung der Esperanto-Arbeiterbewegung – der Gründung der SAT 1921 – zusammen. Die Neue Linke hingegen, die das Friedensthema nicht einfach dem Klassenkampf unterordnete, arbeitete in der Jugendsektion TEJO und im Weltbund mit.

Zu diesen politisch Engagierten gehörte bereits Zamenhof, zumindest dem Herzen nach. Man kann Théophile Rousseau mit seiner Chauvinismus- oder Pazifismusdebatte von 1913 dazu zählen, ebenso TEJO-Jugendliche oder den UEA-Vorsitzenden Humphrey Tonkin. Ihr Angriffspunkt war die vorsichtige

Neutralität des Weltbundes, die als zu strikt bzw. zu „passiv“ kritisiert wurde. Die Befürworter einer „aktiven Neutralität“ brachten folgende Ideen (wieder) in die Debatte ein:

- Die Esperanto-Bewegung dürfe nicht neutral gegenüber einem Regime sein, das Esperanto unterdrückt. Doch die Ablehnung solcher Regime war in der Geschichte der Bewegung nicht strittig, vielmehr ging es darum, wie man taktisch klug auf solche Regime reagieren soll.
- Esperanto brauche zum Gedeihen bestimmte Lebensbedingungen, und da die Sprachenfrage ein soziales Problem sei, müsse man auch andere soziale Probleme diskutieren. Die Tyresö-Deklaration von 1969 lässt vermuten, dass die TEJO-Jugendlichen einen sehr weit reichenden und thematisch letztlich unbegrenzten Diskussionsbedarf hatten.
- Die Befürworter der „aktiven Neutralität“ haben immer wieder damit geworben, dass die Zusammenarbeit mit anderen Bewegungen nützlich oder notwendig zum Voranbringen des Esperanto sei. Ein derartiger Utilitarismus konnte aber auch nur ein Moment unter mehreren sein und durfte der Neutralität an sich nicht widersprechen. Schließlich sind auch andere Bewegungen nicht altruistisch, sondern versuchen, aus einer Zusammenarbeit das meiste für sich herauszuholen.
- Die TEJO-Zeitschrift *Kontakto* sollte als Forum für den gesellschaftspolitischen Meinungs Austausch dienen. Dies wäre aber nur erreichbar gewesen, wenn alle TEJO-Mitglieder in Ländern mit Meinungsfreiheit gelebt hätten. Und überhaupt lag den politisch Engagierten wohl weniger daran, in erster Linie irgendwelchen Andersdenkenden, sondern vor allem sich selbst und ihrer eigenen Meinung ein Forum zu schaffen.

Die angebliche Modifizierung der Neutralität hin zu einer Art „allgemeinpolitischem Mandat“ konnte leicht zur Aushöhlung der Neutralität führen. Dennoch hatte die „aktive Neutralität“ ihren rationalen Kern, denn der Weltbund versteht sich durchaus als Lobbyist mit politischem Ansatz: Er möchte sich in internationalen Organisation engagieren und auf Esperanto und die Sprachenprobleme in der Welt aufmerksam machen. Sprachenprobleme auf internationaler Ebene sind von der Neutralität sogar satzungsgemäß ausgeschlossen. So kann der Weltbund prinzipiell eine andere Meinung vertreten als ein Staat, der eigene Auffassungen davon hat, welche Sprachen er international verwenden will oder welche Sprachen die Minderheiten in seinem Territorium sprechen dürfen.

Eine eigene Studie müsste sich genauer mit der Kontinuität oder Diskontinuität der Außenbeziehungen des Weltbundes befassen: Lapenna wollte bei der TEJO

nicht die Zusammenarbeit mit nichtneutralen Verbänden an sich kritisiert haben, sondern eine einseitige Tendenz. Tonkin hingegen sieht einen Bruch seines Vorstandes mit einer älteren, zu zurückhaltenden Politik unter Lapenna, was er im Gespräch allerdings nicht mit Beispielen belegen konnte. Sofern man zaghaft die Grenzen der Neutralität herausforderte, Beispiel Weltfriedensrat, sah man schnell ein, wie wenig damit zu gewinnen war. Weder die Proteste weniger noch die Indifferenz der meisten Mitglieder ermutigten zu weiteren Schritten.

Einbetten müsste man eine solche Studie über die Außenbeziehungen in den Kontext der Bestrebungen der Esperanto-Bewegung, die Sprache voranzubringen, was mit der Öffentlichkeitsarbeit, dem Selbstverständnis und einer Vorstellung von internationalen Beziehungen als solchen zu verknüpfen wäre. All dies ergäbe ein eigenes Buch von gewissem Umfang. Hier wurde die Unesco-Frage der achtziger Jahre nur deshalb einbezogen, weil sie zu Irritationen der Esperantisten untereinander geführt hat.

Forster verwendete in seiner soziologischen Arbeit eine Einteilung zwischen *value-oriented* und *norm-oriented*. Diesen ideologischen Konflikt habe es zwischen Zamenhof und den Franzosen gegeben, die Zamenhofs Gebet und Rede für Boulogne abmilderten; aber auch bezüglich des neuen Vorstandes von 1934 kommt Forster auf den Unterschied zurück. Der Vorstand habe im Esperanto nur eine technische Erfindung gesehen, und „no attempt was made to develop a value-oriented ideology which could be subversive of chauvinistic ideas“.³ Damit fordert Forster recht viel von einer kleinen Nichtregierungsorganisation, und man fragt sich, ob Bastien so nicht Unrecht angetan wird. Es gibt keinen Grund, ihm und anderen weniger Idealismus zuzusprechen als etwa der Genfer UEA von Jakob.

Wenn es um die Haltung gegenüber Diktaturen oder das eigene persönliche Engagement geht, ist die Webersche Dichotomie von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik vielleicht sinnvoller als Forsters Ansatz. Die Gesinnungsethiker neigen zum Beharren auf dem eigenen moralischen Standpunkt, die Verantwortungsethiker zum Kompromiss zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Ein Verantwortungsethiker kann eher seine Neigung unterdrücken, die eigene politische Meinung herauszukehren – eben wegen seines Verantwortungsbewusstseins und nicht, weil er weniger Urteilsvermögen oder Aufrichtigkeit als die Gesinnungsethiker besäße.

Die vorliegende Arbeit hat versucht, Breschen in das Dickicht der Organisationsgeschichte der neutralen Esperanto-Bewegung zu schlagen. Dabei wurde

3. Forster 1982: 219.

deutlich, dass man politischen Streit nicht losgelöst von organisatorischen und finanziellen Problemen untersuchen sollte, da sonst das Politische unangemessen hoch eingeschätzt werden kann. Und auch wenn die Esperanto-Bewegung in die allgemeine Gesellschaftsgeschichte eingebettet werden muss, so kann eine zu makrosoziologische Sicht auf Irrwege führen: Beispielsweise, wenn Lins einen angeblichen Rückstand der deutschen Esperanto-Bewegung mit dem politischen Klima im Kaiserreich erklärt oder Forster den Fall Connor zu sehr mit dem McCarthyismus parallelisiert.

Unterhalb einer politischen oder organisatorischen Ebene sind vor allem persönliche Ambitionen als Ursache für Konflikte zu nennen. Kulturelle Unterschiede hingegen lassen sich in diesem Zusammenhang kaum ausmachen, und es gibt Gegenbeispiele: Der Nordeuropäer Malmgren und der Südeuropäer Lapenna konnten weitaus besser zusammenarbeiten als die beiden Südwestdeutschen Jakob und Kreuz. Wer sich der Esperanto-Bewegung anschließt, tut dies, eben weil er den Kontakt mit Menschen aus anderen Ländern sucht.

Falsch eingeschätzt wurde wiederholt die Partizipationsbereitschaft der Mitglieder. Selbst bei aktuellen und potentiell polarisierenden Themen wie dem Kongress in Köln 1933 oder der Zusammenarbeit mit dem Weltfriedensrat blieb die erwartete Briefeflut aus. Den meisten Mitgliedern reichte es aus, wenn die Führung der internationalen Esperanto-Organisation vermittelt der nationalen Verbände legitimiert war. Nicht, weil die Esperantisten mehrheitlich „Schafe“ wären, wie Jakob meinte. Aber sie sehen den Zweck eines Weltbundes nicht in der dauernden Diskussion über Organisationsfragen, sondern in der Verbreitung und Förderung des Esperanto. Wer mit dem Weltbund unzufrieden ist, tritt im Normalfall einfach aus; wer sich politisch betätigen will, kann dies in einer politischen Partei oder in der SAT sinnvoller tun.

Das Esperanto hat sich nicht dermaßen verbreitet, wie die Esperantisten sich das gewünscht haben. Man erklärt den ausbleibenden Durchbruch gerne mit den Kriegen und politischen Extremismen im 20. Jahrhundert. Ein solcher Verweis greift mit Sicherheit zu kurz, denn die Weltkriege haben zumindest den Weltbund nur kurzfristig behindert. Man konnte behaupten, der Krieg habe die Notwendigkeit des völkerverbindenden Esperanto erst recht bestätigt. Die Vorwürfe der Rechts- und Linksextremisten waren zu eigentümlich und lebensfremd (die jüdische Weltverschwörung, die Ablenkung vom Klassenkampf), als dass sie hätten verfangen können. Im Gegenteil, mit dem Gedanken der Völkerverständigung lag die Esperanto-Bewegung genau im letztlich dominanten, nämlich freiheitlich-demokratischen Strom des 20. Jahrhunderts.

Die Esperanto-Geschichte einiger Länder ist bereits recht gut untersucht worden, andere hingegen verbleiben noch völlig ohne Quellenstudie. Diese Arbeit kann nur im jeweiligen Land mit der Kenntnis der Landesgeschichte (und der Landessprache) geleistet werden. Weiterhin fehlt immer noch eine wissenschaftlich fundierte Gesamtgeschichte des Esperanto. Das hat auch mit der Vielfalt des Phänomens Esperanto zu tun, denn Sprach-, Literatur- und Kulturgeschichte müssten mit der organisatorischen, ideologischen und politischen Geschichte verbunden werden. Viele Projekte für Unterricht, Öffentlichkeitsarbeit und andere Aktivitäten entstammen privaten Initiativen, unabhängig von den nationalen und internationalen Esperanto-Vereinigungen, von denen der Weltbund nur eine ist.

Die politische Geschichte des Esperanto-Weltbundes konnte hier nur für sich behandelt werden, wünschenswert jedoch wäre ein Vergleich mit anderen internationalen Organisationen, die sicherlich mit ähnlichen Schwierigkeiten und Fragen der Neutralität konfrontiert waren. Übersichtswerke zu internationalen Nichtregierungsorganisationen sind noch eher soziologisch ausgerichtet oder beschäftigen sich mit der Lobbyarbeit für die eigentlichen *politics*; sie begnügen sich oftmals mit der leider allzu verständlichen globalen Feststellung, dass es sehr viele NGOs mit sehr vielen Unterschieden gibt. Der Esperanto-Weltbund ist mit seinen Zielen und seinem Vereinsobjekt obendrein ein recht ungewöhnlicher Verband.

Für Esperantisten, die mit ihrem Herzen der Idee der Völkerverständigung zugeeignet sind, ist es vielleicht nicht angenehm zu lesen, wie Politik und Organisationsfragen Streit in den Weltbund gebracht haben. Es mag ihnen ein Trost sein, was Paul Ortlet über Esperanto gesagt hat, der Direktor des Internationalen Bibliographischen Instituts. Er hatte 1909 den Weltkongress in Barcelona besucht. Die Reihe von vierzig Grußrednern aus verschiedenen Ländern habe ihn beeindruckt, dann aber habe er gedacht, dass sie ihre Sätze zuvor auswendig gelernt haben könnten.

Doch als ich den Kampf über die Organisation gesehen habe, mit gewitterartigen Angriffen und geistreichen Gegenschlägen auf beiden Seiten, da war ich vollkommen überzeugt. Eine Sprache, in der man so leidenschaftlich und flüssig diskutieren kann, ist wirklich lebendig!⁴

4. Nach Privat 1927: 83.